

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

auf-draht.online | 20. Oktober 2020

Öffentlicher Dienst: Die „Heldinnen“ im Kampf – „Nun ist es genug!“	3
IGM und IG BCE: Kein Cent aus unserer Streikkasse für das Kapital!	6
Moria: Für Geflüchtete Seehofers „Humanität und Ordnung“	6
Oktobertattentat: Die Hintergründe bleiben im Dunklen.....	7



Protest gegen die Konzernpläne in Nürnberg ...

Jeder Dritte soll entlassen werden

MAN geht voran mit dem Vertragsbruch. Tausende Familien sind in ihrer Existenz bedroht. Widerstand muß organisiert werden.

Der Hammer kam am 30. September: Die Beschäftigungssicherung, die bis Ende 2030 gilt, wird vom Kapital zum Jahresende gekündigt! Zu Jahresbeginn hieß die Zahl 6.000, jetzt sind es 9.500, die bei MAN auf die Straße gesetzt werden sollen. Die Manager sprechen von einer „Neuaufstellung“, das sei keine „Reaktion auf Corona“. Sie bestätigen so, dass die kapitalistische Krise eine tiefe ist.

So soll die MAN-Neuaufstellung aussehen: Standorte in Plauen (Sachsen) und Steyr (Österreich) schließen, Fahrerhäuser nach Krakau (Polen) verlagern, Achsenbau fremd vergeben.

Der neue Boss Tostmann, von VW geschickt, hat eine „wirtschaftliche Klau-

sel“ im Beschäftigungssicherungsvertrag ausgemacht. Mit deren Anwendung geht MAN nun mit Vertragsbruch voran in der Autoindustrie.

Ähnliche Absichten kündigt Opel Rüsselsheim an, wo der Kündigungsschutz, der bis 2021 gilt, jetzt gekippt werden soll. 2.100 sollen abgebaut werden.

Daimler schließt heiße Kündigungen nicht mehr aus, trotz Betriebsvereinbarung über „Zukunftssicherung“ bis 2030. Alleine in Stuttgart sollen 4.000 raus. Zwei Stunden Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich sind schon durch. (Unsere Zeit, 9. Oktober 2020)

Der Münchner Autobauer BMW versorgte im Mai die Aktionäre noch mit 1,6

Mrd. Euro an Dividenden. Dann ließ er den Betriebsratsvorsitzenden Schoch im Juni verkünden, eine Betriebsvereinbarung garantiere zwar jedem Mitarbeiter seinen Arbeitsplatz, „solange das Unternehmen keinen Verlust macht“. 6.000 sollen weg. (Auf Draht berichtete.)

Ja, diese Schlechtwetterklauseln stehen in allen diesen Standortsicherungsverträgen oder wie sie heißen mögen. Einmal mehr sehen wir, sie sind das Papier nicht wert, auf dem sie stehen.

Die IG Metall hängt die drohenden Entlassungen hoch auf. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende von MAN Bus &

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2 ►

► Fortsetzung von Seite 1

Jeder Dritte soll entlassen werden

Truck, Kollege Kerner von der IG Metall, spricht von „Missmanagement“. Zu den bereits laufenden Gesprächen versicherte er, dass die Basis dafür der auslaufende Beschäftigungssicherungsvertrag sei. Verhandelt werde erst, wenn betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Das war Mitte September.

„Missmanagement“: Aus Gewerkschaftskreisen hört man immer wieder den Vorwurf des Missmanagements. Sicherlich treffen Manager immer wieder mal falsche Entscheidungen. Mal trifft es die Kolleginnen und Kollegen bei BMW, mal die bei Audi, mal die VW-Werker. Aber egal, wen es gerade trifft, eine sichere Existenz hat niemand. Denn das Problem heißt Kapitalismus. Selbst wenn kein Manager einen Fehler machen würde, die anarchisch organisierte kapitalistische Produktion führt zu Überkapazitäten. Dies führt zum Reinemachen, zum Personalabbau. Ob dies nun Müller in München, Öztürk in Ingolstadt oder Glavovic in Wolfsburg trifft. Scheißegal. Zurzeit trifft es alle.

Jetzt aber aufgepasst! Was soll dafür eingehandelt werden? So was wie bei Daimler? Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich? Noch ein Beispiel: Der Getriebe-Zulieferer ZF (Friedrichshafen) hat bereits einen Lohnverzicht von 400 Euro (tarifliches Zusatzgeld) erpresst. Wenn die gesetzliche Kurzarbeit ausläuft, kommt eine tarifliche Kurzarbeit – Lohnverlust 13 Prozent. Der Abbau von 7.500 bei ZF ist angedroht. (weltweit 15.000, metallzeitung Okt. 20)

Eine solche Lage droht auch bei MAN. Gegen Erpressung können sich die Belegschaften nur wehren, wenn sie selbst Druck aufbauen. Widerstand muss sofort organisiert werden!

Da geht noch was bei MAN in München!

Am 24. September gingen die MAN-Kollegen in Nürnberg auf die Straße, zu einem Protestmarsch der IG Metall. Im Motorenwerk soll jeder Dritte von 3.800 entlassen werden. Sogar der Oberbürgermeister musste antanzen zu einem Grußwort. Und das war in München nicht drin?

Zum MAN-Aktionstag rief der Münchner Betriebsrat zu einer Infoveranstaltung auf den Werkshof. Der Betriebsratsvorsitzende gab sich kämpferisch. Er berichtete, dass am Standort 3.000 Arbeitsplätze entfallen, und versprach den Kollegen, „ich mache nichts ohne euch!“

Eine starke Ansage. Aber statt die Geschäftsleitung mit der Belegschaft zu konfrontieren, überbringst du, Kollege Stimoniaris, die schlechten Botschaften! Das ist weniger stark. So wird die erste Wut und Empörung abgedefert. Die Manager sollen den Kollegen ins Gesicht sagen, dass jeder Dritte rausfliegen soll!

Möglichkeiten des Widerstands gibt es: Auf einer einzuberufenden Betriebsversammlung muss möglichst bald berichtet und beraten werden. Die Versammlung kann der Betriebsrat beliebig verlängern.

Oder ihr geht aus dem Werk raus auf die Dachauer Straße. Steht halt der Verkehr. Die Nürnberger Kollegen machten das. Wenn 2.000 oder 3.000 Familien in ihrer Existenz betroffen sind, gehen Metaller auf die Straße! Kollegen, das könnt ihr sofort machen: Geht in Gruppen zum Betriebsrat, das ist euer Recht. Verlangt Auskunft über die laufenden Gespräche mit dem MAN-Kapital. Keine Ruhe in der Bude! ■krr



... und in Steyr: 4.000 waren auf den Stadtplatz gekommen. „Tage des Zorns“ titelte „Der Standard“, die SPÖ-Partei vorsitzende Rendi-Wagner gab sich die Ehre: „Ich werde in diesem Kampf Seite an Seite mit euch kämpfen, darauf könnt ihr euch verlassen.“ Siehe auch dazu Kasten rechts.

MAN in Steyr ist ein profitabler Betrieb, hat Millionen an österreichischen Staatshilfen erhalten und will jetzt den ganzen Standort mit 2.300 Beschäftigten schließen, so BRV Erich Schwarz. Zudem wurde die Standortvereinbarung mit Jobgarantie bis 2030 vorzeitig einseitig von MAN gekündigt. Mit den radikalen Maßnahmen wollen die VW-Bosse das Ergebnis der VW-Tochter um rund 1,8 Mrd. Euro verbessern.

Der Umsatz der Münchner Konzernmutter Traton, die zum VW-Konzern gehört, macht 11 Mrd. Euro aus. Die Aktionäre erhalten eine halbe Mrd. Euro an Dividenden, die Vorstände 11 Mio. Euro. Weiters sind in Steyr zuletzt noch 60 Millionen Euro in eine neue Lackiererei – die größte Lackieranlage Europas für Lkw-Kunststoffanbauteile – investiert worden. Geld spielt also keine Rolle!

Jetzt sollen nach Drohung des deutschen VW-Konzerns mit Standortschließungen, darunter auch Steyr, wieder Löhne gedrückt und öffentliche Gelder erpresst werden, damit die VW-Konzerngewinne gesichert sind. Ähnlich wie es die Lufthansa-Bosse bei der AUA machen. „Mit den zahlreichen Zulieferbetrieben sowie der Bedeutung als Auftraggeber für viele andere Unternehmen wären bei einer Standortschließung mindestens 6.000 Arbeitsplätze direkt betroffen oder akut gefährdet und tausende Familien in ihrer Existenz bedroht“, befürchten die Stadt- und Ortschefs von 23 Umlandgemeinden in einem Brief.

Doch das scheint die VW-Konzernleitung nicht zu beeindrucken, solange es keinen effektiven Widerstand gibt. Von der österreichischen Bundesregierung und der oberösterreichischen Landesregierung erhoffen sie sich durch diese Erpressung viele frische Millionen. Und welche Garantien geben sie? Und wenn, sind sie dann das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind? Wohl genauso nichts wie die jetzige vorzeitig gekündigte Standortvereinbarung.

Quelle: Flugblatt für MAN-Beschäftigte in Steyr, Hrsg.: Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen



Am 28. September war der Platz gegenüber dem Schwabinger Krankenhaus von Kolleginnen und Kollegen aus den fünf Münchner Kliniken besetzt. Mehr als 300 waren gekommen, 180 davon trugen sich in die Streiklisten ein. Azubi, Ärzte, Pflegerkurse waren solidarisch dabei. Meldungen aus den Kliniken wurden mit Applaus begrüßt: Bei allen war wenigstens eine Station geschlossen, oder Teile der OP-Säle waren zu. Buhrufe gab es, als ein Redner das Verdi-Mitglied und Oberbürgermeister Dieter Reiter zitierte, der erklärt hatte, es sei jetzt „unverschämt, zu streiken“. Auch die bürgerlichen Medien verbreiten ja eine solche feindliche Stimmung. „Wenn nicht jetzt, wann dann!“, schloss die Kollegin die Streikversammlung unter Applaus.

„Nun ist es genug!“

Auf Draht sprach mit Ingrid Greif, Krankenschwester im Klinikum Bogenhausen und Verdi-Vertrauensfrau. Das Gespräch fand vor dem ersten Warnstreik statt.

Die Öffentlichen Arbeitgeber, die sogenannten Dienstherren, verhöhnen die „HeldInnen“ mit dem Angebot zum Inflationsausgleich. Wie reagierten die Kolleginnen und Kollegen?

Ja, die Empörung ist sehr groß. Es gibt hohe Erwartungen, und in allen Berufsgruppen gibt es ein Gefühl, dass es nun genug ist.

Die Verdi-Forderung ist: 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens 150 Euro, freie Tage. Wie kommt das an bei den Kolleginnen und Kollegen?

Darüber sind in meinem Krankenhaus fast alle sehr sauer. Die Forderung wird als viel zu gering und defensiv angesehen.

Es wird bundesweit über die 4-Tage-Woche debattiert. Ist das ein Thema bei euch?

Bei uns gerade kein Thema, da zu wenig Personal, wobei viele in die 4-Tage-Woche gehen, mit Lohnverzicht, da sie es nicht mehr aushalten – also indirekt doch ein Thema!

Wie war die Diskussion in eurem Bereich zur Forderungsaufstellung?

Wir haben eine große Umfrage gestartet. Die finanzielle Forderung lag bei 10 bis 20 Prozent oder mindestens 500 Euro. Welche weiteren dringenden Forderungen zum TVöD gibt es aus deiner Sicht?

Da weiß ich einige: Erhöhung der Schichtzulagen, bezahlte Pause bei Wechselschichtlern, verbindliche gesetzliche Personalbemessung, Anerkennung von Fortbildungen in der Tabelle (des TVöD, d. Red.), Freistellung für Fortbildungen.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 4 ►

Fortsetzung von Seite 3
„Nun ist es genug!“

Wie ist die Kampfbereitschaft in den Münchner Kliniken?

Höher als erwartet, es wird eine hohe Anzahl an OP-Sälen nicht laufen. Wir räumen in vier Häusern ein bis zwei ganze Stationen leer. Es wäre von der Streikbereitschaft mehr möglich gewesen, leider war die Zeit zu knapp, dies in einer Notdienstvereinbarung durchzusetzen. Es würden noch viel mehr Kolleginnen und Kollegen streiken, leider ist die Notdienstbesetzung die Realität im Normalbetrieb!

Wo siehst du Schwachstellen?

Die Pflege hat noch nicht ganz umgeschaltet vom Klagen ins Handeln und sich Wehren. Der gesamte Verwaltungsbereich fühlt sich nicht angesprochen. Auch in der 2. Verhandlungsrunde kam kein Angebot. Kollege Birner, Verdi-Vorsitzender in München, kündigt Warnstreiks an. Wann geht ihr raus?

Am Montag (28. September, d. Red.) ab 9 Uhr stehen wir vor dem Schwabinger Krankenhaus mit Kolleginnen und Kollegen aus allen städtischen Kliniken!

Gibt es einen Austausch mit kämpferischen Belegschaften, z. B. dem Klinikum Essen? Habt ihr Streikkonzepte wie die Charité in Berlin?

Noch zu wenig, aber wir sind gerade dran. Es gibt zumindest zwischen den großen kommunalen Häusern regelmäßige Treffen. Das ist aber ausbaufähig und scheitert weniger am Willen als an der Zeit.

Im Verlauf von Corona gab es eine drastische Verschärfung der Arbeitsbedingungen bei den Pflegekräften, wie 12-Stunden-Dienste, verkürzte Pausen, Urlaubssperren, Unmengen an Überstunden. Die Wut muss doch groß sein?

Ja, ist sie! Die Wut muss aber irgendwohin kanalisiert werden, damit sie nicht ins Leere bzw. in die Resignation führt. Hoffentlich verwandelt sich die Wut in Kampfbereitschaft!

Wie wurden Bonuszahlungen, also 1.000 Euro, zusätzlich 500 Euro in Bayern, auf-



genommen? Haben die alle bekommen? Es gibt Meldungen, dass das nicht so ist.

Das war und ist nur noch Chaos. Die einen haben es bekommen, die anderen nicht. Je nach Sachbearbeiter. Die ganz normale Pflegekraft auf einer Normalstation hat es inzwischen, glaube ich, bekommen. Beim Rest herrscht Chaos. Es gibt die Forderung nach einem „Verhandlungstisch Pflege“ bei den Tarifverhandlungen. Was ist das?

Es gibt einen eigenen Verhandlungstisch Gesundheit, mit weitergehenden Forderungen wie 350 Euro mehr für die Pflege oder Erhöhung der Schichtzulagen und bezahlte Pause. Diese Verhandlung ist ein Bestandteil der gesamten Verhandlung. Es wird da also keinen eigenen Abschluss geben.

Der Pflegenotstand trifft auch die Industriekollegen, wenn sie Patienten sind. Wie kann die Solidarität, vor allem der großen IG Metall, eingefordert werden für euren Kampf?

Ja, da müsste der DGB endlich mal laut werden. Oder wir tun uns einfach so zusammen, das muss aus den Betrieben kommen. Da geht es um die großen Themen wie Krankenhausfinanzierungsgesetz, Abschaffung der DRGs (Fallpauschalenkatalog, d.Red.) oder die Verwendung unserer Gelder, die

wir monatlich in die Kassen einzahlen. Ich meine, das geht nur mit viel Druck. Letztendlich müssten wir dafür streiken, und zwar branchenübergreifend!

Wie sehen das die Beschäftigten in den Kliniken? Ist das überhaupt ein Thema?

Fast alle Kolleginnen und Kollegen sehen das so. Es ist ein Thema und die Forderung: Weg mit der Privatisierung im Gesundheitswesen und vor allem Weg mit den Fallpauschalen ist eine Forderung, die viele Kolleginnen und Kollegen unterstützen.

Gibt es ein Problem zwischen Verdi und der IG Metall in DGB München?

Ob es ein Problem zwischen Verdi und der IG-Metall-Branche im DGB München gibt, kann ich nicht beantworten. Unser betriebliches Problem war einfach, dass der IG-Metall-Bevollmächtigte jahrelang, bis 2020, als Aufsichtsrat der Münchenklinik auf der Arbeitgeberbank saß in seiner Rolle als Stadtrat und sich auch so verhalten hat, indem er z. B. Forderungen wie Gründung einer Servicegesellschaft oder die Ausgründung von Wäscherei und Reinigung aktiv unterstützt hat. Das war den Verdi-Kolleginnen und -kollegen kaum vermittelbar.

Danke! Wir wünschen euch viel Erfolg!

- Ich will die ~~Aufdräh~~ gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- Ich will die DKP kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- Ich will die Gruppe KAZ kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

Vorname und Name

Tel.:

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail:

Bitte einsenden an: Auf Draht • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Es rührt sich was!

Normalerweise berichten wir in einer Spalte mit ca. 2.000 Zeichen über stattgefundenen Kämpfe der Kolleginnen und Kollegen. Da Bilder manchmal mehr als 2.000 Zeichen sagen, zeigen wir sechs Bilder der in den verschiedenen Branchen stattgefundenen und gerade laufenden Auseinandersetzungen. Sie zeigen vor allem eines: der Widerstand gegen den Kapitalismus ist vielfältig. Und die Bilder lassen ahnen, was der gemeinsame Kampf über alle Branchen hinweg für eine Kraft freisetzen könnte. Für eine bessere Zukunft aller.



❶ „Der Branche geht es gut. Die Milchwirtschaft zählt in Zeiten der Krise zu den systemrelevanten Branchen“, sagte der Verhandlungsführer der Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG), Mustafa Öz. Kurzarbeit sei weitgehend ein Fremdwort geblieben. Sechs Prozent mehr Lohn sind drin, die Kapitalisten bieten lediglich 1,5 Prozent. In fünf Tagen Anfang Oktober haben Kolleginnen und Kollegen in 15 Betrieben quer über den Freistaat für einige Stunden die Arbeit niedergelegt. Im Bild bei Meggle in Wasserburg, die zu 170 am 1. Oktober für zwei Stunden in den Warnstreik getreten sind. ❷ Am 29. September traten die Kolleginnen und Kollegen der Peißenberger Gemeindewerke in den Ausstand. Um 7.30 Uhr versammelten sich rund 40 von ihnen vor der Bauhofeinfahrt, unterstützt von den Kollegen des Landkreisbauhofs. ❸ Die Autoindustrie und deren Zulieferer bauen Überkapazitäten ab, hunderttausende Jobs stehen auf der Kippe. „Zukunft oder Widerstand“ als Motto setzen die Kolleginnen und Kollegen den Kapitalisten von Norma entgegen und kämpfen für einen Sozialtarifvertrag. ❹ Auch bei Schaeffler wird gekämpft, massiver Stellenabbau ist geplant. ❺ Am 11. September um 11.30 Uhr gingen 70 Kolleginnen und Kollegen in eine „aktive Pause“ im Siemens-Gasturbinenwerk in Berlin. Sie protestierten, weil sie vom Management im Unklaren über die Zukunft gelassen werden. ❻ Am 8. Oktober beteiligten sich 4.000 Kolleginnen und Kollegen bei Daimler in Stuttgart und Sindelfingen an gewerkschaftlichen Protesten. Das lief während der Arbeitszeit ab und war faktisch ein Streik. Sie machten damit deutlich, dass sie die Kriegserklärung des Vorstands mit seiner neuen Strategie an- und den Kampf dagegen aufnehmen. Es gab Protest-Versammlungen, zwei Demo-Züge, aber auch selbständig aus der Belegschaft initiierte Pausenversammlungen an mehreren Standorten mit über 100 Beteiligten. ■rw



Am 13. Juli 2020 war im *Tagesspiegel* zu lesen: „Es wird viel Kapital von Investoren gebraucht, damit die Wirtschaft die Corona-Folgen bewältigt. IG Metall und IG BCE haben deshalb Geld in die Hand genommen, um privates Kapital für den Mittelstand zu mobilisieren. Der Name ist Programm: Die Best Owner Consulting GmbH (BOG) wird als eine Beteiligungsgesellschaft für den Mittelstand eingerichtet. Vor allem die vielen tausend kleinen Autozulieferer hat die IG Metall im Blick. (...) Viele Bundesländer haben in diesen Wochen eigenständige Fonds in Planung (...) Parallel zu den Bemühungen der Politik hat der IG-Metall-Vorsitzende Jörg Hofmann mit ein paar hunderttausend Euro aus der Gewerkschaftskasse und einem etwas kleineren Zuschuss von der IG BCE die BOG auf die Beine gestellt. ‚Wir sind Geburtshelfer‘, sagte Hofmann dem *Tagesspiegel*.“

Die Automobilindustrie stand auch schon vor Corona alles andere als gut da. Auch wenn man sinkende Absatzzahlen und Gewinneinbrüche jetzt gerne auf Corona schiebt, um von den wahren Ur-

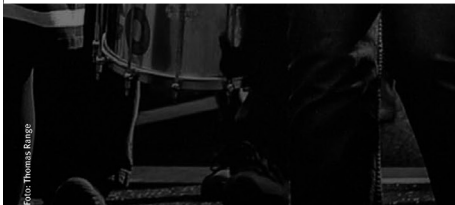
sachen der Krise abzulenken. Anstatt den Kampf darum zu führen, dass die Kapitalisten und ihre hochbezahlten Manager die Krise selber bezahlen und z. B. auf Dividenden und Boni verzichten, werden hier mal schnell ein „paar hunderttausend Euro“ aus den Gewerkschaftskassen genommen und den Kapitalisten übergeben. Gelder, die aus unseren Mitgliedsbeiträgen kommen!

Ist das die viel gelobte „Sozialpartnerschaft“ im 21. Jahrhundert? Sieht so die „Transformation“ aus? Glaubt der Vorstand der IG Metall wirklich, dass mit den Geldern der IG-Metall-Mitglieder die Krise der Automobilindustrie abgewendet und Arbeitsplätze gerettet werden können? Selbst wenn er einer solchen Illusion erlegen ist, ist er weder berechtigt noch durch unsere Satzung und unsere Beschlüsse ermächtigt, unser Geld der Streikkasse zu entziehen und an das Kapital zu geben!

Unsere Streikgelder brauchen wir, um uns gegen die „Gewalttaten des Kapitals“, z. B. gegen die bevorstehenden Massenentlassungen, zur Wehr zu setzen, nicht um das Kapital zu retten. ■ *ma*

Keinen Cent aus unserer Streikkasse für das Kapital!

IG Metall und IG Bergbau, Chemie, Energie nehmen Gewerkschaftsgelder in die Hand, um sich an mittelständischen Betrieben zu beteiligen.



Karl Marx schrieb einmal: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.“ (Marx: Lohn, Preis, Profit)

Für Geflüchtete Seehofers „Humanität und Ordnung“

Was tut die Bundesregierung, die doch ständig weltweit Demokratie und Menschenrechte einfordert?

Die Zustände im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos sind seit Jahren bekannt: Völlige Überbelegung, katastrophale hygienische Zustände, ebenso katastrophale medizinische Versorgung, kaum Schutz vor Kälte und Nässe, Dreck und Matsch bei jedem Regen, in dem die weit über 10.000 Menschen leben müssen. Mit dem Aufkommen der Corona-Pandemie verschlimmerte sich die Lage noch, das Lager wurde zum Gefängnis. Doch erst der Brand des Flüchtlingslagers Moria brachte diese Katastrophe wieder in die Schlagzeilen der Medien, zumindest kurzzeitig. Und was tut die Bundesregierung, die doch ständig weltweit Demokratie und Menschenrechte einfordert, zumindest dort, wo

es ihr außenpolitisch nützlich erscheint?

Gerade mal 74.000 Menschen ist es 2020 gelungen, hier in dieses Land zu flüchten und einen Antrag auf Asyl zu stellen. Selbst die in den Koalitionsverhandlungen von der CSU im Machtkampf mit CDU und SPD durchgedrückte Obergrenze von durchschnittlich 200.000 Geflüchteten pro Jahr ist also lange noch nicht erreicht. Doch der Bundesinnenminister Seehofer (CSU) weigert sich hartnäckig, die Menschen hierher kommen zu lassen. Auch die Bereitschaft einzelner Bundesländer und etlicher Kommunen, Menschen aus dem Lager aufzunehmen, ändert nichts an der Haltung Seehofers. Statt diese Kräfte zu unterstützen, brüstet er sich im

Bundestag gegenüber der gegen Flüchtlinge hetzenden AfD: „Vor ihnen steht ein Bundesinnenminister, der mehr als jeder andere für die Steuerung und Begrenzung von Migration getan hat.“ (zeit online, 16. September 2020) Sprich: Ich tue doch das, was ihr auch wollt. Nur aufgrund des Drucks vieler empörter Reaktionen aus dem ganzen Land einigte sich die Bundesregierung schließlich, zusätzlich zu der bereits beschlossenen Aufnahme von 100 bis 150 unbegleiteten Jugendlichen, weitere 1.533 Menschen aus fünf verschiedenen griechischen Lagern aufzunehmen.

Europäische Lösung à la Seehofer
Noch vor zwei Jahren wollte Seehofer

im deutschen Alleingang die Grenzen für Geflüchtete aus anderen EU-Staaten schließen und beschwor damit nicht nur eine Regierungskrise herauf, sondern sorgte auch innerhalb der EU für großen Ärger. Heute erklärt er, das „Problem der Migration“ könne nicht lokal gelöst werden, es brauche eine europäische Lösung. „Humanität und Ordnung“ müsse die Grundlage einer solchen Lösung sein, meint Seehofer auf einer Pressekonferenz am 23. September 2020 (livestream auf Spiegel.de), auf der er zu dem nun von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlag einer EU-Asylpolitik Stellung bezieht. Er ist zufrieden. Der Rechtsruck in Deutschland, vorangetrieben vor allem von Kräften wie Seehofer und seiner CSU, zeigt auch in der deutsch dominierten EU seine Wirkung. Und so decken sich die europäischen Vorschläge weitgehend mit dem, was sich Seehofer unter „Humanität und Ordnung“ vorstellt: Noch mehr Abschottung der EU gegenüber den vor Krieg, Verfolgung und Elend Flüchtenden; weiterhin gefängnisartige Lager an den Außengrenzen der EU, in denen im Schnellverfahren geprüft werden soll, ob jemand überhaupt Aussicht auf ein Recht auf Asyl und Schutz hat;

noch mehr Abschiebungen. Zweidrittel der Menschen, so Seehofer auf eben jener Pressekonferenz, könnten dann gleich wieder abgewiesen werden. Die Wenigen, die bleiben dürfen, müssen weiterhin in den EU-Ländern, in denen sie angekommen sind – also wie bisher vor allem die Mittelmeerländer – ihren Antrag auf Asyl stellen. Nur wenn diese Staaten besonders unter Druck stehen, sollen die Geflüchteten nach einem festgelegten Mechanismus auf die anderen EU-Staaten verteilt werden. Wer keine Geflüchteten aufnehmen will, wie der langjährige politische Freund der CSU und Regierungschef in Ungarn, Viktor Orban, soll seine „Solidarität“ durch Unterstützung bei der Organisation von Abschiebungen zeigen (siehe z. B. Süddeutsche Zeitung, 9. Oktober 2020).

Gewalt und Barbarei

Nur wenige Flüchtlinge werden danach also noch überhaupt in Deutschland, dem reichsten und mächtigsten Staat der EU, Aufnahme finden. Der Rest wird mit zunehmender Rechtlosigkeit, Gewalt und Barbarei daran gehindert werden. Das versteht so jemand wie Seehofer dann unter Humanität. Es gibt viele, auch Kol-

leginnen und Kollegen, die laut oder auch nur klammheimlich Seehofer zustimmen. Man könne doch nicht jeden aufnehmen, es gäbe hier schon genug Probleme, Zigarettausende würden entlassen, man finde keine bezahlbaren Wohnungen mehr usw.. Jeder davon muss sich fragen, ob er ernsthaft glaubt, mit solch einer Politik eine Zukunft zu haben. Oder ob diese doch nur das Ziel hat, diejenigen, die nichts besitzen, zu spalten. Menschen, die nichts anderes wollen, als (über)leben zu können, zur Bedrohung zu erklären und uns so abzulenken von denjenigen, die uns auspressen, um den Profit zu vermehren und uns entlassen, wenn unsere Arbeit keinen Profit mehr verspricht. Die uns hohe Mieten abpressen, egal, ob wir sie bezahlen können oder nicht. Die verlangen, dass ihnen die ganze Welt offensteht für ihre Waren, ihr Kapital, noch billigere Arbeitskräfte und die benötigten Rohstoffe. Die notfalls Kriege führen und dazu aufrüsten lassen, um ihre Ansprüche durchzusetzen. Uns also abzulenken von denjenigen, die verantwortlich sind dafür, dass immer mehr Menschen keine Lebensgrundlagen mehr haben. ■gr

Die Hintergründe bleiben im Dunklen

Am 26. September 2020 jährte sich das Oktoberfestattentat zum vierzigsten Mal. 12 Menschen und der Bombenleger wurden damals getötet, über 200 Menschen teils schwer verletzt und ein Leben lang gezeichnet.

Bis heute ist dieser größte Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik seit 1945 nicht wirklich aufgeklärt. Es war zwar bald bekannt, dass Gundolf Köhler die Bombe in den Papierkorb legte – ein Student mit Verbindungen zur faschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Doch statt nun alles dafür zu tun, diese Wehrsportgruppe Hoffmann und ihre faschistischen Umtriebe zu durchleuchten und die Ermittlungen darauf zu konzentrieren, wurde schnell die These vom psychisch labilen Einzeltäter ausgegeben. Aussagen von Zeugen wurden schnell ad Acta gelegt, Indizien, die ebenfalls darauf hinwiesen, dass Köhler nicht alleine handelte, wurden nicht berücksichtigt.

Es ist dem Journalisten Ulrich Chaussy, unterstützt von vielen Demokraten, zu verdanken, dass er gemeinsam mit dem Opferanwalt Werner Dietrich nicht aufhörte, all die Widersprüche und Seltsamkeiten bei diesen Ermittlungen zusammenzutragen, selbst zu recherchieren und die Ergebnisse der Öffentlichkeit bekannt zu machen.¹ Mehrmals wurden auf dieser Grundlage Anträge auf Wiederaufnahme

der Ermittlungen gestellt - und abgelehnt. Beweismittel, wie unzählige Zigarettenskippen unterschiedlicher Marken aus Köhlers Auto oder Reste einer Hand, die keinem der Opfer zuzuordnen waren, sind bereits 1997 vernichtet worden. Eine DNA-technische Untersuchung war damit nicht mehr möglich. Hinweise in den Akten der Staatssicherheit der DDR auf Verwicklungen der westdeutschen Geheimdienste wurden mit dem Hinweis auf Geheimhaltungspflichten beschieden.

Politische Hintergründe

Doch warum? Sollten denn die staatlichen Organe einer sich demokratisch nennenden BRD mit ihrer Vergangenheit nicht höchstes Interesse haben, Mächenschaften von Faschisten zu unterbinden, ihren Aufbau zu stoppen, sie unschädlich zu machen? Das hoffen immer noch viele Demokraten, doch die Wirklichkeit ist eine andere.

Das Attentat fand wenige Tage vor der Bundestagswahl statt, der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU) war Kanzlerkandidat der Unionsparteien.

Strauß, unermüdlicher Gegner von Demokraten, Antifaschisten, Linken, hatte 1970 die CSU als „Sammelbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ ausgerufen. Offen faschistische Kräfte waren für ihn dabei „Hilfstruppen“.

„Man muß sich der nationalen Kräfte bedienen, auch wenn sie noch so reaktionär sind ... mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein“², meinte Strauß.

Und so hatte er auch seine schützende Hand über die Wehrsportgruppe Hoffmann gehalten. Er war gegen deren Verbot, das der damalige Bundesinnenminister Gerhart Baum, FDP, anstrebte und An-

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 8 ►

AufDraht

Herausgeber:

DKP München und Gruppe KAZ

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Mail: Auf.Draht@gmx.de

Druck: Eigendruck im Selbstverlag

Gewerkschafter, vorwiegend aus der damaligen IG Druck und Papier, Sozialdemokraten und Kommunisten stellten über Nacht einen tonnenschweren Gedenkstein neben dem Wiesen-Haupteingang – sehr zum Missfallen staatlicher Stellen, die die Polizei in Stellung brachte zur Räumung. Kämpfen lohnt sich.

Vierzig Jahre später gibt sich der Bundespräsident die Ehre: „Wegschauen ist nicht mehr erlaubt. Nicht nach dem Oktoberfestattentat, nicht nach dem NSU-Prozess, nach den Drohschreiben des NSU 2.0, nach Waffenfunden und Feindeslisten sogenannter Preppergruppen mit Verbindungen zu Reservisten der Bundeswehr, Kriminalbeamten, Spezialeinsatzkommandos, ja selbst zu Richtern und Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, nicht nach der Aufdeckung einer rechtsextremen Chatgruppe innerhalb der Polizei in Nordrhein-Westfalen. Feinde der Freiheit und der Demokratie dürfen in der Polizei nicht geduldet werden. Es muss jede Anstrengung unternommen werden, rechtsextreme Netzwerke zu enttarnen, wo es sie gibt. Die Polizeiführungen und die politisch Verantwortlichen dürfen kein Klima dulden, in dem sie entstehen und von anderen gedeckt werden können.“ Wir nehmen ihn beim Wort.



Fortsetzung von Seite 7

Die Hintergründe bleiben im Dunklen

fang 1980 auch verfügte. „Man solle einen Mann, der sonntags auf dem Land im Kampfanzug spazieren geht, in Ruhe lassen“³, so Strauß. Dieses verbrecherische Attentat durfte also ganz einfach kein rechtsextremer Terrorakt sein – und entsprechend wurde im CSU-geführten Bayern ermittelt

Die NSU-Morde und die Wiederaufnahme der Ermittlungen

Doch Ende 2014 endlich hatte RA Dietrich Erfolg, die Ermittlungen wurden wieder aufgenommen. Hintergrund dafür war die Ungeheuerlichkeit der NSU-Morde, die Ungeheuerlichkeit des Verhaltens von Polizei und Geheimdiensten dabei: Jahrelang konnten Faschisten Menschen mit überwiegend türkischer Herkunft am helllichten Tag ermorden, ohne dass überhaupt im faschistischen Milieu nach den Mördern gesucht wurde. „Wären all die Probleme, die beim NSU eine Rolle spielten, seit dem Oktoberfestattentat bereits durchdacht gewesen, hätten diese Morde vielleicht nicht in dieser Art und Weise geschehen können“, meinte Chaussy kurz vor der Wiederaufnahme.⁴

Wir vergessen nicht, was hier vergessen gemacht werden soll!

Doch daran bestand offensichtlich nicht nur damals kein Interesse der damit befas-

ten Behörden, sondern auch heute nicht. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft wurden erneut, nach vierzig Jahren Kampf um die Aufklärung und Benennung der wahren Hintergründe, eingestellt. Die einzig „neue“ Erkenntnis: Das Oktoberfestattentat war ein rechtsextremer Terrorakt und nicht die Tat eines psychisch labilen Einzelgängers. Alles andere bleibt auch jetzt noch im Dunklen.

Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter (SPD) hat recht, wenn er dazu erklärte: „Die Gründe hierfür liegen sicher (...) in den massiven Verfehlungen und Versäumnissen der ursprünglichen Ermittlungen unmittelbar nach der Tat.“⁵ Und die Verantwortung dafür liegt letzten Endes bei der CSU-Staatsregierung. Von daher ist es mehr als seltsam, wenn auf der Gedenkveranstaltung zum 40. Jahrestag dieses faschistischen Terroranschlages ausgerechnet der bayerische Ministerpräsident Söder eine der Gedenkreden halten konnte.

Soll damit die Rolle der CSU vergessen gemacht werden? Soll damit davon abgelenkt werden, dass für die CSU der Feind immer schon links stand und steht und auch heute wieder braune Umtriebe im Staatsapparat, bei Polizei, Militär, etc. verharmlost und heruntergespielt werden? Wie passt es zusammen wenn Söder ein „Schutzversprechen“ abgibt, man werde es

nicht „zulassen, dass Rechtsextremismus, Hass, Antisemitismus, Rassismus geduldet, akzeptiert oder irgendwie unterschätzt werden“, und sich ein Herr Seehofer als Bundesinnenminister und CSU-Ehrenvorsitzender nach wie vor einer Studie über Rassismus und Faschismus bei der Polizei verweigert und lieber über angeblich „linksextreme“ Gewalt gegen Polizisten sprechen will?

Söder kann noch so viel versprechen. Entscheidend im Kampf gegen Rechts sind nicht Söders Worte, sondern unsere Taten. Die CSU ist kein Schutzgarant gegen die Gefahr von Rechts. Wer sich eine ominöse, völkische „deutsche Leitkultur“ zum politischen Kompass macht, der ist selbst Teil des Problems, gegen das die Arbeiter- und demokratische Bewegung kämpfen muss.

■ gr/ma

1 So in seinem Buch „Oktoberfest – Das Attentat: Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann“. Seine Recherchen sind auch Grundlage des 2014 erschienenen Spielfilms „Der blinde Fleck“

2 Spiegel, 16.3.1970; <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-45197600.html>

3 Zit. nach Ulrich Chaussy in einem Interview mit der taz am 16.7.2019, abrufbar unter: <https://taz.de/Journalist-ueber-Oktoberfestattentat!/5607365/>

4 telepolis, 26.9.2014

5 <https://www.heise.de/tp/features/Ulrich-Chaussy-ueber-das-Oktoberfest-Attentat-und-die-NSU-Mordserie-3367546.html?seite=all>

6 Rathaus Umschau 127/2020